

# Aktive Bürger Bornheim

*Wir erobern unsere Stadt zurück!*

Wir bitten unsere Pressemitteilung bei der Berichterstattung zum Thema UN-Migrationspakt zu berücksichtigen:

## Pressemitteilung:

Auf der Mitgliederversammlung vom 29.11.2019 hat die ABB folgenden Beschluss gefasst:

**Zitat:** *“Die ABB lehnt die aktuell vorliegende Version des UN-Paktes für Migration ab und ist der Meinung, dass Deutschland diesen Pakt am 11./12. Dezember 2018 in Marrakesch nicht unterschreiben sollte. Es bedarf aus unserer Sicht zunächst wesentlicher Nachbesserungen. Des Weiteren sollte jeder deutsche Staatsbürger in einem Volksentscheid über diesen UN-Migrationspakt abstimmen dürfen, da die gravierenden Auswirkungen dieses Paktes auf das Alltagsleben aller Bürgerinnen und Bürger direkten Einfluss nehmen werden.“*

Der Pakt beruht auf der falschen Prämisse (Paragraf 8), dass "in der globalisierten Welt die Migration eine Quelle des Wohlstandes, der Innovation und der nachhaltigen Entwicklung darstelle". Diese Behauptung ist historisch nicht haltbar. Der Überbetonung der den Immigranten zuerkannten Rechte steht diametral entgegengesetzt nur ein nur sehr allgemein gehaltener Pflichtenkanon gegenüber.

Zunehmende Migration bedeutet weitere Zuweisungen von Menschen über den Bund und das Land NRW an die einzelnen Kommunen. Zur Zeit werden in Bornheim ca. 900 Personen untergebracht. Die Kosten für die Unterbringung, Betreuung und Versorgung der Migranten werden zum überwiegenden Teil in den Kommunen anfallen. Man kann davon ausgehen, dass, wie bereits bei der Unterbringung von Flüchtlingen feststellbar ist, der überwiegende Anteil der Kosten **nicht** vom Bund und dem Land NRW durch entsprechende Kostenerstattungen (in Bornheim nur ca. 25 – 30 %) aufgefangen werden.

Unsere ablehnende Position zum UN-Migrationspakt deckt sich auch mit der einstimmig verabschiedeten [Erklärung des Rates und der Verwaltung der Stadt Bornheim](#) vom 03.12.2015 in der es unter anderem heißt:

*“Für Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen in der Europäischen Union einreisen und bei uns Arbeit und eine bessere Zukunft suchen, haben wir Verständnis. Ihnen kann jedoch kein Asylrecht gewährt werden. Diejenigen, die kein Asyl erhalten, keine Flüchtlingseigenschaften nach der Genfer Konvention und auch keine subsidiären Gründe zum Bleiben aufweisen, sollen in menschenwürdiger Form zügig in ihr Herkunftsland zurückgeführt werden.“*

**Paul Breuer:** „Das im UN-Migrationspakt festgeschriebene Recht auf Migration und die Verpflichtung jedem Migranten den Zugang zu den Sozialsysteme zu ermöglichen ist nicht akzeptabel. Damit wird deutlich, der UN-Migrationspakt in der aktuellen Form setzt auch den oben zitierten Ratsbeschluss der Stadt Bornheim außer Kraft. Das können wir als gewählte Vertreter im Rat der Stadt Bornheim natürlich nicht akzeptieren.“

In der aktuellen Fassung des Doppelhaushaltsentwurfs für 2019/2020 sind weitere Erhöhungen der Grundsteuern A und B sowie der Gewerbesteuer enthalten, um einen ausgeglichenen Haushalt zu gewährleisten. Die Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2019/2020 wurden verschoben, weil die Landesregierung NRW angekündigt hat, die Zuschüsse für die Unterbringung, Betreuung und Versorgung der Flüchtlinge anheben zu wollen. Je nach der Höhe dieser zusätzlichen Zuweisungen könnte laut Bürgermeister Henseler auf die Erhöhung der Gemeindesteuern verzichtet werden.

**Björn Reile:** „Aus Erfahrung wissen wir, die Kosten für Flüchtlinge und die zukünftigen Migranten werden wieder auf die Bürgerinnen und Bürger über die Grundsteuer A und B sowie die Gewerbesteuer umgewälzt, auch wenn man diese Tatsache öffentlich nicht publiziert.“

**Adelheid Wirtz:** „Es gibt für uns Kommunalpolitiker gute Gründe den UN-Migrationspakt auf seine Auswirkungen auf die Kommunen zu analysieren. Es ist unsere Pflicht die Bürgerinnen und Bürger aufzuklären, denn zum guten Schluss werden die zusätzlichen Kosten der Migration beim Bürger über die Erhöhung der kommunalen Steuern ankommen!“

- **Die ABB als regionale Wählerinitiative lehnt diesen Pakt aus folgenden Gründen ab:**  
Die Kosten zusätzlicher Migranten werden erfahrungsgemäß auf die Kommunen und damit auf die Bürgerinnen und Bürger abgewälzt, obwohl es sich um eine Bundesangelegenheit handelt, die folglich auch vom Bund zu 100% finanziert werden müsste.
- Wir sind der Auffassung, dass Deutschland nicht unbegrenzt immer weiter Flüchtlinge und Migranten aufnehmen kann, weil die Gefahr von Überfremdung und der dadurch wachsenden Gefahr von gesellschaftlichen Spannungen und Unruhen ständig wächst. Die negativen Auswirkungen dieser falschen Politik sind bereits heute deutlich sichtbar, besonders in Frankreich (siehe Paris, Calais usw.).

- Wir sind der Auffassung, dass die Ursachen von Migration und Flucht nur in den Herkunftsländern der Flüchtlinge und Migranten, besonders in Afrika (Stichwort: Überbevölkerung) gelöst werden können.
- Die Rechte der in den Einwanderungsländern Lebenden kommen im Pakt nicht vor. Eine Definition der Pflichten der Migranten, die in andere Länder einwandern, kommen im Pakt praktisch nicht vor. Das ist nicht akzeptabel.
- Wir akzeptieren kein neu definiertes Menschenrecht auf Migration. Wir wollen keine nationalen Rechte an Dritte nicht gewählte Institutionen wie z. B. die UN abtreten.
- Wir wollen Deutschland als Nation erhalten und wir wollen kein allgemeines Siedlungsgebiet für Jedermann mit Anspruch auf volle Integration in unsere sozialen Systeme.
- Auch wenn dieser Pakt rechtlich als nicht verbindlich dargestellt wird, **verpflichten** sich die Unterzeichner doch an ca. 50 Stellen die Inhalte umzusetzen. Es ist absehbar, dass die nicht verbindlichen Inhalte alsbald als "soft law" Eingang in die Verwaltungspraxis und Rechtsprechung finden werden.

**Bornheim, den 03. Dezember 2018**

Adelheid Wirtz (sachk. Bürgerin) Björn Reile (2. Vors. ABB), Paul Breuer (1. Vors. ABB, Ratsmitglied Stadt Bornheim)